

TUSIAD

Berlin

Almanya Basın
Değerlendirmesi

ALMANYA BASIN DEĞERLENDİRMESİ

TS-BER/2012/01

Die Welt, 05.01.2012

Das französische Parlament hat die Leugnung des Völkermords an den Armeniern zu einem Straftatbestand erklärt. Das ist ein zivilisatorischer Rückschritt. Nicht, dass irgendjemand ernsthaft die Tatsache des Genozids bezweifeln könnte. Die Türkei selbst hat unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zahlreiche Beamte, Offiziere und Funktionäre sowie 31 Minister wegen des Mordes an mindestens 800 000 Armeniern angeklagt. Es ergingen 17 Todesurteile, unter anderen - in Abwesenheit - gegen den ehemaligen Großwesir Talat Pascha, der in einem Telegramm geschrieben hatte: "Die Armenierfrage wurde gelöst." Die Sprache kennen wir.

Dass sich die Türkei fast hundert Jahre später weigert, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen, hat mit verletztem Nationalstolz und dem Erbe des Kemalismus zu tun. Das Osmanische Reich wurde von den Siegermächten aufgeteilt, der Rumpfstaat Türkei gedemütigt und von Griechenland überfallen. Im Befreiungskrieg brauchte Atatürk auch jene Kräfte, die für den Genozid verantwortlich gewesen waren. Der Preis hieß Amnestie und Amnesie.

Nicht nur die Türkei tut sich freilich schwer damit, den eigenen heroischen Mythos infrage zu stellen und eigenen Verbrechen ins Auge zu sehen. Erst vor wenigen Jahren hat etwa Frankreich begonnen, die Kollaboration beim Völkermord an den Juden aufzuarbeiten. In Polen und Ungarn ist es ähnlich. In Großbritannien wurde Sir Arthur "Bomber" Harris mit einem Standbild geehrt. Und Papst Benedikt XVI. hat sich geweigert, die genozidale Christianisierung Südamerikas zu kritisieren. Vielmehr sei Christus von den Ureinwohnern als Retter "im Stillen herbeigesehnt" worden.

Wenn die französischen Abgeordneten die Leugnung oder Beschönigung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit für illegal erklären wollten, hätten sie durchaus bei sich zu Hause anfangen können. Der Schlächter Napoleon wird nach wie vor im Panthéon geehrt. So mancher Linksintellektueller glorifiziert noch heute die Massenmörder Robespierre, St. Just und Co. als Revolutionäre, und Lenin, Stalin, Mao usw. gleich mit. Auf der Rechten gehört die Beschönigung französischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Indochina und Algerien zum guten Ton. Allons enfants!

Allein an dieser unvollkommenen Liste sieht man allerdings, welche abschüssige Bahn man betritt, wenn man beginnt, Geschichte und Geschichtsinterpretation zur Sache der Straffjustiz zu erklären. Tatsachen sind nicht justiziabel. Jeder hat das Recht, sich durch deren Leugnung der Lächerlichkeit oder der moralischen Verurteilung durch die Zeitgenossen preiszugeben. Oder wie Thomas Jefferson sagte: "Der Irrtum kann toleriert werden, wo die Vernunft frei ist, ihn zu bekämpfen." Aber der war Amerikaner und glaubte naiverweise an die Demokratie. Im Frankreich der Regulierung und Verbote ist man da weiter.

ÖZGÜRLÜK HEP VAR MIYDI?

Fransız Meclisi, Ermenilerin maruz kaldığı soykırımı inkârı cezalandıran bir yasa tasarısını kabul etti. Bu, medeni açıdan bir gerileme. Bizzat Türkiye, Birinci Dünya Savaşı'nın devamında çok sayıda askerî ve siyasi yetkiliyi, 800 bin Ermeni'nin katledilmesinden sorumlu tutmuş ve yargılamıştır. Bu bağlamda mahkeme, Talat Paşa'nın da aralarında bulunduğu 17 kişi hakkında ölüm cezası vermiştir.

Türkiye'nin neredeyse yüz yıl sonra Ermeni soykırımını kabul etmemesi, ulusal gururunun incinmiş olması ve Kemalizm mirası ile ilgilidir. Atatürk, Kurtuluş Savaşı'nda soykırımdan sorumlu olanlardan da faydalanmak zorundaydı. Bunun mükâfatı ise bağışlanma ve olanların hafızalardan silinmesi oldu.

Geçmişte işlenen suçları kabul etmekte zorlanma durumu sadece Türkiye'ye özgü değil. Fransa, Macaristan ve Polonya gibi ülkeler bile Yahudi soykırımında iş birliği yaptıkları gerçeğiyle ancak birkaç yıl önce yüzleşmeye başladı. Papa Benedikt ise Güney Amerika'nın Hristiyanlaştırılmasında yapılan soykırımları eleştirmekten kaçınır.

Şayet Fransız milletvekilleri, insanlığa karşı işlenen suçların inkâr edilmesinin veya övülmesinin cezalandırılmasını istediler ise önce kendi evlerinden temizliğe başlamalıydı. Mesela katliamcı Napolyon hâlâ Panteon da saygıyla anılır. Ülkenin solcu aydınların birçoğu Robespierre, St. Just, Lenin, Stalin ve Mao gibi toplu katliamlardan sorumlu kişileri yüceltir. Sağ kesimde ise Fransızların Cezayir ve Uzak Doğu'da işlediği suçlar övülür.

Erdogans Gratwanderung zwischen West und Ost

WELT  ONLINE

Die Welt, 11.01.2012

Der Westen fürchtete in letzter Zeit eine Hinwendung der Türkei zu ihren muslimischen Nachbarn. Im Fall Syrien zeigt sich jedoch, dass auf Erdogan Verlass ist.

Die Türkei hat sich in den vergangenen Wochen zur Speerspitze einer gemeinsamen westlich-arabischen-türkischen Politik entwickelt, die darauf abzielt Präsident Baschar al-Assad in Syrien zum Rücktritt zu zwingen.

Foto: AFP Erdogan hat begriffen, dass die Türkei ihren Einfluss auf beide Seiten am besten erhalten und stärken kann, indem sie gute Beziehungen zu beiden unterhält

Das ist eine deutliche Kehrtwende in der türkischen Politik, denn in den vergangenen zwei Jahren hat die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan keine Mühen gescheut, ein gutes Verhältnis zu seinem Nachbarn Syrien zu pflegen, mit dem es durch eine lange gemeinsame Landgrenze verbunden ist.

Ein Rücktritt kommt für Assad nicht in Frage

Auch die Beziehungen der Türkei zu Iran, der als hauptsächlicher Unterstützer des Regimes Assad gilt und die von der Türkei im Rahmen der „Null-Problem-Politik mit Nachbarstaaten“ von Außenminister Ahmet Davutoglu gepflegt wurden, sind durch den Kurswechsel im Umgang mit Syrien erheblich belastet worden.

Angesichts dieser neuen Spannungen sei daran erinnert, welche Wut noch vor wenigen Monaten bei führenden amerikanischen Politikern über den von ihnen empfundenen Verrat der Türkei geherrscht hat.

Ihrer Auffassung nach hatte die Türkei eine Neuausrichtung ihrer Außenpolitik hin zum islamischen Nahen Osten und weg von der westlichen Welt vorgenommen – eine Verlagerung, die sich angeblich in den sich verschlechternden Beziehungen des Landes zu Israel und engeren Beziehungen zu Iran und Syrien widerspiegelte.

Keine "islamische" Außenpolitik

Viele politische Entscheidungsträger und Politikexperten, die nicht in der Lage oder nicht gewillt waren, zwischen türkisch-israelischen und türkisch-amerikanischen Beziehungen zu unterscheiden, haben Erdogans Verurteilung der israelischen Gaza-Blockade als Versuch interpretiert, sich nicht nur auf Kosten der türkischen Beziehungen zu Israel, sondern zum Westen im Allgemeinen bei seinen arabischen Nachbarn einzuschmeicheln.

Der Versuch der Türkei, zwischen den großen westlichen Mächten und Iran bezüglich der Uranvorräte der Islamischen Republik zu vermitteln, ist im Westen nicht gewürdigt worden; tatsächlich wurden die Bemühungen, gerade als sie Früchte zu tragen schienen, von den Vereinigten Staaten zunichte gemacht.

Iran testet Raketen und baut atomare Brennstäbe

Die anschließende Entscheidung der Türkei, neue Sanktionen gegen Iran im UN-Sicherheitsrat abzulehnen schien ein weiterer Beweis, dass die Türkei eine „islamische“ Außenpolitik eingeschlagen hatte.

Voller Sorge wurde in Amerika vermutet, dass es für die Türkei ein Widerspruch ist, sich sowohl um gute Beziehungen mit den westlichen Ländern als auch dem islamischen Nahen Osten zu bemühen und dass Ankaras Entscheidung, seine Beziehungen zu seinen muslimischen Nachbarn zu verbessern in erster Linie von religiösen und ideologischen Belangen motiviert war, die von der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) für wichtig erachtet wurden.

Die neuerdings angespannten Beziehungen der Türkei zu Iran beweisen den grundlegenden Trugschluss dieser Annahme und lassen auf eine nicht-ideologische Außenpolitik schließen, die den nationalen türkischen Interessen so dient, wie es die politische Elite des Landes – einschließlich der Post-Islamisten, die heute an der Macht sind – beschlossen hat.

Die Türkei unterstützt die syrische Opposition

Die Unstimmigkeiten zwischen der Türkei und Iran kreisten anfangs um ihre gegensätzlichen Haltungen zu den syrischen Aufständen gegen die Diktatur von Assad. Iran hat sich nachdrücklich für das Regime Assad eingesetzt, seinen einzigen arabischen

Verbündeten und wichtigsten Transit, um der Hisbollah im Libanon materielle Unterstützung zukommen zu lassen.

Im Gegensatz dazu hat sich die Türkei, nach anfänglichem Zögern, voll und ganz hinter die Gegner von Assad gestellt, unter anderem als Zufluchtsort für Aufständische und Überläufer der syrischen Armee.

Die Türkei ist sogar noch weiter gegangen und unterstützt die gespaltene syrische Opposition darin, auf ihrem Territorium zusammenzukommen, um eine gemeinsame Front gegen das Regime Assad bilden und eine glaubwürdige Alternative entwickeln zu können.

Arabische Liga verstärkt Beobachtereinsatz

Es gibt zwei Gründe, warum die Türkei ihre Haltung zu Syrien kurzerhand geändert und seine Position dem Standpunkt der westlichen Führungsmächte angeglichen hat. Erstens kann es sich die regierende Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) nicht erlauben, als Gegner der Demokratiebewegung in Syrien betrachtet zu werden, wenn man bedenkt, dass ihre eigene Legitimität wesentlich auf ihrer demokratischen Glaubwürdigkeit beruht.

Zweitens war die Regierung Erdogan, sobald sie zu dem Schluss gekommen ist, dass Assads Regime zum Scheitern verurteilt ist, bestrebt ihre zukünftigen Interessen in Syrien zu sichern, das für die Türkei von strategischer Bedeutung ist – auch auf Kosten ihrer Beziehungen zu Iran.

Irans Unmut über den „Verrat“ der Türkei an Assad hat sich durch die unlängst getroffene Entscheidung der Regierung Erdogan verstärkt, in Malatya im Osten der Türkei ein Frühwarnradar im Rahmen eines Nato-Raketenabwehrsystems zu installieren – mit dem iranische Raketen aufgespürt werden sollen.

Erstes Ziel eines Vergeltungsschlages

Iranischen Behörden zufolge soll das Nato-System dazu dienen, Irans Abschreckung gegenüber Israel zu neutralisieren und erhöht somit die Wahrscheinlichkeit eines israelischen oder US-amerikanischen Angriffs auf iranische Atomlagen. Iranische Funktionäre haben die Türkei sogar gewarnt, dass das Frühwarnsystem in Malatya das erste Ziel eines Vergeltungsschlages für einen Angriff westlicher Länder auf Iran sein würde.

In der Realität verfügt Israel über mehrere andere Standorte, von denen aus iranische Raketenaktivitäten erkannt werden können. Deshalb ist die iranische Drohung eher Ausdruck seines Unmutes gegenüber der Türkei als echter Sorge, dass das Frühwarnsystem in Malatya seine Abschreckungskapazitäten beeinträchtigen wird.

Die iranisch-türkischen Spannungen werfen ein Licht auf drei umfassendere Realitäten. Erstens haben der Arabische Frühling und insbesondere der Aufstand in Syrien die zugrundeliegende Rivalität beider Seiten um Einfluss im Nahen Osten und der arabischen Welt offenbart.

Türkei wirft Frankreich Völkermord in Algerien vor

Zweitens ist die Hinwendung der Türkei zum Osten nicht ideologisch oder religiös motiviert, sondern basiert auf stichhaltigem strategischen und ökonomischen Kalkül; im

weiteren Entwicklungsverlauf der ungewissen Lage im Nahen Osten wird die Türkei ihre Politik entsprechend anpassend.

Abschließend hat die Türkei viel zu viel in ihre strategischen Beziehungen zur NATO und insbesondere zu den USA investiert, als dass sie diese im Gegenzug für zweifelhafte Vorteile aus dem Verhältnis zum Iran vergeuden würde.

Das bedeutet nicht, dass sich die Türkei erneut in ihre traditionelle strategische Abhängigkeit von den USA und ihren Verbündeten begeben wird; eine Vorgehensweise, die die türkische Außenpolitik während des gesamten Kalten Krieges und des darauffolgenden Jahrzehnts bestimmt hat.

Gute Beziehungen zu beiden Seiten

Die AKP-Regierung ist der strategischen Autonomie des Landes und verstärktem Aktivismus im Nahen Osten verpflichtet. Sie ist sich allerdings auch bewusst, dass eine derartige Politik nicht auf Kosten der Beziehungen der Türkei zur Nato und zu den USA gehen darf.

Die Türkei ist mit den verzwickten Bemühungen befasst, seine alte Beziehung zum Westen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig neue Beziehungen zu seinen muslimischen Nachbarn aufzubauen. Die türkische Führung hat begriffen, dass das Land seinen Einfluss auf beide Seiten am besten erhalten und stärken kann, indem es gute Beziehungen zu beiden unterhält.

Mohammed Ayoob ist Professor für Internationale Beziehungen an der Michigan State University und Adjunct Scholar am Institute for Social Policy and Understanding.

ERDOĞAN'IN BATI VE DOĞU ARASINDAKİ DENGİ OYUNU

--Batı, Son Dönemlerde Türkiye'nin Müslüman Komşularına Yönelmesinden Endişe Ediyordu. Ancak Suriye Olayı, Erdoğan'a Güvenilebileceğini Gösteriyor--

Türkiye son haftalarda Batı, Araplar ve Türkler tarafından oluşturulan, Suriye Devlet Başkanı Beşar Esad'ı istifaya zorlayacak ortak politikanın en aktif üyesi hâline geldi.

Bu durum, Türk politikasında çok net bir U-dönüş yaşandığına işaret ediyor zira Başbakan Recep Tayyip Erdoğan hükûmeti, son iki yıl zarfında, komşu Suriye ile iyi ilişkiler oluşturmak için hiçbir zahmetten kaçınmamıştı.

Türkiye'nin, Esad rejiminin başlıca destekçisi olan ve Türkiye tarafından da Dışişleri Bakanı Davutoğlu'nun komşularla "sıfır sorun politikası" çizgisi çerçevesinde ihtimam gösterdiği İran ile ilişkileri de Suriye konusundaki tutum değişikliği nedeniyle, önemli ölçüde zorlaşmıştır.

Bu yeni gerilimler çerçevesinde, daha birkaç ay öncesine kadar önde gelen ABD'li politikacıların ihanete uğradıklarını düşündükleri Türkiye'ye, ne kadar öfke duydukları hatırlanmalı.

Türkiye'nin, dış siyasette yeni bir yön belirleyerek Müslüman Orta Doğu'ya yaklaştığı ve Batı dünyasından uzaklaştığını düşünen bu kesim, ülkenin bir yandan İsrail

ile ilişkileri kötüleşirken, öte yandan İran ve Suriye ile iyi ilişkiler kurmasının da bunun bir göstergesi olduğu kanaatindeydiler.

Türkiye-İsrail ve Türkiye-Amerika ilişkileri arasındaki farkı göremeyen ya da görmek istemeyen siyaset arenasındaki birçok karar verici ve siyaset uzmanı, İsrail'in Gazze ablukasının Erdoğan tarafından kınanmasını doğru okuyamayarak, bunun yalnızca İsrail ile değil, aynı zamanda Batı ile ilişkilerin kötüleşmesi pahasına Arap devletlerine göz kırpmaya çabası olarak değerlendirdiler.

Türkiye'nin, büyük Batılı güçler ile İran arasında uranyum stokları konusunda arabuluculuk yapma girişimi, Batı tarafından takdir edilmedi. Gerçekte ise söz konusu çabalar tam da meyvelerini vermek üzereyken ABD tarafından boşa çıkarılmıştı.

Türkiye'nin bunun akabinde aldığı, BM nezdinde İran'a karşı yeni yaptırımları reddetme kararı da ülkenin "İslami" dış politikaya yönelişinin bir başka kanıtı olarak değerlendirildi.

ABD'de ise endişeyle, Türkiye'nin Batı ile olduğu kadar Müslüman Orta Doğu ülkeleriyle de iyi ilişkiler için çaba harcamasının, Türkiye için bir çelişki oluşturduğu ve Ankara'nın Müslüman komşularıyla ilişkilerini iyileştirme kararının, evvela AKP iktidarı tarafından önemsenemeyen dinî ve ideolojik nedenler üzerine kurulu olduğu tahminleri yapıldı.

Türkiye'nin İran'la son dönemde gerilen ilişkileri, bu varsayımların yanlış olduğunu kanıtlıyor ve Türkiye'nin, ideolojik olmaktan ziyade kendi ulusal çıkarları doğrultusunda bir dış siyaset izlediği sonucuna varıyor.

Başta Türkiye ile İran arasında, Esad muhalifleri ile ilgili farklı tutumlardan dolayı anlaşmazlık yaşanmıştı. İran tamamen Esad rejimini desteklerken, Türkiye baştaki tereddüdünün ardından Esad karşıtlarının arkasında yer alarak, Suriye'den kaçan mültecilere ve firari askerlere sığınma olanağı tanıdı.

Hatta Türkiye bir adım daha da ileri giderek, bölünmüş Suriye muhalefetine kendi topraklarında bir araya gelmesini sağlayarak, onları Esad rejimine karşı ortak bir cephe oluşturması ve inandırıcı bir seçenek geliştirmesi yönünde destekledi.

Türkiye'nin, Suriye konusundaki tutumunu değiştirerek Batılı lider güçlerle ortak hareket etme kararı almasının iki nedeni var: Birincisi, kendi meşruiyetini önemli oranda demokratik inandırıcılık üzerine kurduğu göz önüne alınan AKP iktidarının, Suriye'deki demokrasi hareketine karşıt olarak görünmeyi göze alamayacak olması.

İkincisi ise Erdoğan hükûmetinin, Esad rejiminin başarısızlığa uğramasının kaçınılmaz olduğunu anlar anlamaz, Türkiye açısından stratejik öneme sahip Suriye'de gelecekteki çıkarlarını güvence altına alma niyeti -İran ile ilişkiler pahasına da olsa-

Türkiye'nin "ihnetinden" dolayı İran tarafından duyulan rahatsızlık, Erdoğan hükûmetinin Malatya'da -İran'dan gelecek füzelere karşı- NATO füze savunma sistemi kapsamında, bir erken uyarı radarı inşa etme kararı almasıyla daha da artmıştır.

NATO sisteminin, İran'ın İsrail'e gözdağı vermesini etkisizleştirdiği ve İsrail ya da

ABD tarafından İran'ın nükleer tesislerine saldırı olasılığını artırdığını düşünen İranlı yöneticiler, hatta Türkiye'yi uyararak Batılı devletlerin İran'a saldırması hâlinde, misilleme yapılacak ilk hedefin Malatya'daki erken uyarı radarı olacağını açıkladı.

Gerçekte ise İsrail, İran'ın füze hareketlerini izleyebileceği çok sayıda başka olanağa sahiptir. Bu yüzden İran'ın tehdidinin, daha ziyade Türkiye karşısında duyduğu rahatsızlıktan kaynaklandığı düşünülüyor.

İran ile Türkiye arasındaki gerilim, üç önemli gerçeğe ışık tutuyor: Birincisi, Arap baharı ve özellikle Suriye'de patlak veren isyanın, iki taraf arasındaki Orta Doğu ve Arap dünyasında etkili olma yolundaki rekabetlerini gözler önüne sermesi. İkincisi, Türkiye'nin Doğu'ya yönelmesinin ideolojik ya da dinî nedenlere değil, aksine stratejik ve ekonomiye dayalı sağlam hesaplara dayanması; bu doğrultuda Türkiye politikalarını, belirsizlik yaşayan Orta Doğu'daki gelişmelerin gidişatına göre uyarlayacaktır. Üçüncüsü ve sonuncusu ise Türkiye'nin, NATO ve özellikle ABD'yi, şüpheli olan çıkarlar uğruna İran'a feda edemeyecek kadar fazla stratejik ilişkilere yatırım yapmış olmasıdır.

Ancak bu, Türkiye'nin -soğuk savaş dönemi ve onu takip eden yıllarda olduğu gibi- ABD ve müttefikleriyle, yeniden geleneksel stratejik bağımlılık ilişkisine gireceği anlamına da gelmemektedir.

AKP hükûmeti, ülkenin stratejik özerkliğinden ve Orta Doğu'da daha güçlü faaliyet göstermesinden yükümlüdür. Ancak hükûmet böylesi bir siyasetin, NATO ve ABD ile ilişkiler pahasına da olmaması gerektiğinin de bilincinde. Türkiye, Batı ile eskiye dayanan ilişkilerini ayakta tutmak ve aynı zamanda Müslüman komşularıyla da yeni ilişkiler inşa etmek şeklindeki karmaşık ve zorlu çabalar uğraşında. Türk yönetimi, iki taraftaki nüfuzunu en iyi şekilde koruma ve artırmanın yolunun, iki tarafla da iyi ilişkilerden geçtiğini idrak etmiş bulunuyor.

Dink-Verfahren vor höchstem Gericht



Tagesspiegel, 19.01.2012

Die türkische Regierung hat das unerwartet milde Urteil im Prozess gegen die Mörder des armenischstämmigen Journalisten Hrant Dink kritisiert, hofft aber auf eine Korrektur im anstehenden Berufungsverfahren.

Der Prozess sei noch nicht beendet, das letzte Wort noch nicht gesprochen, sagte Premier Recep Tayyip Erdogan. Staatspräsident Abdullah Gül äußerte sich ähnlich. Nach Presseberichten will die Staatsanwaltschaft im Fall Dink in die Berufung gehen. Dennoch kam einer der Hauptbeschuldigten in dem Verfahren, der ehemalige Polizei-V-Mann Erhan Tuncel, bereits frei. Das Urteil tötete Dink ein zweites Mal, titelte eine Zeitung.

Kulturminister Ertugrul Günay nannte das Urteil „schlimm“, ein hoher Vertreter der Regierungspartei AKP sprach von einer „inakzeptablen“ Entscheidung. Das Istanbul Schwurgericht hatte am Dienstag den Rechtsnationalisten Yasin Hayal wegen Anstiftung zum Mord zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt; Hayal soll den bereits verurteilten Todesschützen Ogün Samast zu der Tat aufgehetzt haben.

Die meisten anderen Angeklagten, darunter der Ex-Polizeispitzel Tuncel, wurden jedoch freigesprochen. Trotz zahlreicher Hinweise auf eine Verwicklung von Behördenvertretern in den Anschlagplan gegen Dink sah das Gericht auch keine Beweise für eine organisierte Verschwörung. Anstifter Hayal könnte nach Angaben seiner Familie deshalb bereits kommende Woche frei kommen.

Der bei Rechtsnationalisten verhasste Hrant Dink war am 19. Januar 2007 erschossen worden. Eine Gruppe, die sich für die Aufklärung des Mordes einsetzt, hat für den fünften Jahrestag an diesem Donnerstag zu einer Demonstration in Istanbul aufgerufen.

DİNK DAVASI EN ÜST MAHKEMEDE

Türk hükûmeti, Ermeni gazeteci Hrant Dink davasında beklenmedik derecede yumuşak kararlar çıkmasını eleştirirken, temyiz davasında bu kararın düzeltilmesini beklediğini açıkladı. Başbakan Erdoğan, bu davanın henüz kapanmadığını ve davayla ilgili son sözün daha söylenmediğini belirtirken, Cumhurbaşkanı Abdullah Gül de benzer ifadelerde bulundu. Basında yer alan haberlere göre savcılık, Dink davasıyla ilgili itiraz başvurusunda bulunacak. Sanıklardan polis muhbiri Erhan Tuncel serbest bırakıldı. Bazı gazetelerin, “Bu karar Dink’in ikinci kez vurulmasıdır” manşeti attıkları görüldü.

Kültür Bakanı Ertuğrul Günay, mahkemenin kararını “üzüntü verici” olarak değerlendirirken, AKP’li üst düzey bir yönetici ise “Bu karar kabul edilemez.” ifadesini kullandı. İstanbul 14. Ağır Ceza Mahkemesi, aşırı sağcı Yasin Hayal’i cinayete yardım suçundan ağırlaştırılmış müebbet hapis cezasına çarptırdı. Yasin Hayal, daha önce yargılanan tetikçi Ogün Samast’ı cinayete azmettirmekle suçlanmıştı. Sanıklardan polis muhbiri Erhan Tuncel hakkında ise beraat kararı verildi. Mahkeme, birçok delil bulunmasına rağmen cinayetin örgütlü bir biçimde işlenmediğine kanaat getirdi. Yasin Hayal’in ailesi, bu durumda Yasin’in önümüzdeki hafta bile serbest kalabileceğini iddia etti.

Aşırı sağcıların nefret ettiği Ermeni gazeteci Hrant Dink, 19 Ocak 2007 tarihinde vurularak öldürülmüştü. Dink’in ölümünün beşinci yıl dönümü nedeniyle İstanbul’da bir anma töreni düzenlenecek.

Türkei gegen Frankreich

"Wir wollen nicht als Verbrecher abgestempelt werden"

SPIEGEL ONLINE

Spiegel, 28.01.2012

Das umstrittene französische Völkermordgesetz entzweit Paris und Ankara. Der türkische Europa-Minister Bagis hält die Regelung für eine Abkehr von den

Grundwerten Europas. Im Interview spricht er über die Wut seiner Landsleute und schlägt eine unabhängige Historikerkommission vor.

Hamburg - Zwischen Paris und Ankara knirscht es mächtig: Nach der französischen Nationalversammlung verabschiedete am vergangenen Montag auch der Senat in Paris ein Gesetz, das die Leugnung von Genoziden unter Strafe stellt. Darunter fallen allerdings nur solche Völkermorde, die von Frankreich auch offiziell anerkannt sind - der Holocaust an den Juden und das Massaker an den Armeniern im Ersten Weltkrieg. Die Türkei, juristischer Nachfolger des Osmanischen Reiches, bestreitet den Genozid von 1915 aufs Heftigste und droht mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen, sollte Präsident Nicolas Sarkozy das Gesetz mit seiner Unterschrift tatsächlich rechtskräftig machen.

Auch der türkische Europa-Minister Egemen Bagis, 41, warnt im Interview mit SPIEGEL ONLINE vor Konsequenzen. Gleichzeitig glaubt der enge Vertraute von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, ein Reformer und Anhänger des pro-europäischen Flügels, daran, dass das Gesetz noch gekippt wird.

Lesen Sie hier das Interview:

SPIEGEL ONLINE: Minister Bagis, Ihre Regierung hat Frankreich für den Fall, dass das Völkermordgesetz in Kraft tritt, mit schweren Konsequenzen gedroht. Was bedeutet das? Droht eine diplomatische Eiszeit?

Bagis: Es ist noch zu früh, so ein Urteil zu fällen. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Wir glauben, dass es in Frankreich noch genügend Politiker mit gesundem Menschenverstand gibt. Der Verfassungsausschuss im französischen Parlament hat das sogenannte Genozid-Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Jetzt warten wir darauf, dass sich genügend vernünftige Senatoren finden, um den Verfassungsrat anzurufen. Die Hohen Richter dürften das Gesetz für nichtig erklären.

SPIEGEL ONLINE: Welche Konsequenzen erwarten Sie, wenn sie das nicht tun?

Bagis: Darüber will ich nicht spekulieren. Das überlasse ich lieber der Vorstellungskraft der Franzosen.

SPIEGEL ONLINE: Wollen Sie Ihren Botschafter aus Paris dauerhaft abziehen? Die Beziehungen abbrechen? Wirtschaftliche Sanktionen gegen Frankreich verhängen?

Bagis: Warten wir ab, zu welchen Schritten sich mein Ministerpräsident entscheidet. Seien Sie ganz sicher, dass er nicht schweigen wird. Ich will die Überraschung nicht ruinieren.

SPIEGEL ONLINE: Die Türkei und Frankreich sind eng miteinander verbunden. Das bilaterale Handelsvolumen beträgt zwölf Milliarden Euro. Frankreich ist ihr fünftgrößter Exportmarkt und ihre sechstgrößte Importquelle. Wie realistisch sind denn überhaupt Sanktionen?

Bagis: Wir sind uns dieser Zahlen durchaus bewusst, und ich hoffe, die französische Regierung ist es auch. Unsere Länder profitieren voneinander. Im Übrigen agieren wir nicht - wir reagieren. Sanktionen wären eine Reaktion auf eine Aktion der Franzosen, die wir als zutiefst ungerecht empfinden. Wird die Aktion zurückgezogen, gibt es auch keine Reaktion.

SPIEGEL ONLINE: Was passiert, wenn andere Länder in Europa dem französischen Beispiel folgen? Wollen Sie dann immer noch der Europäischen Union beitreten oder lieber gleich die Verhandlungen abbrechen?

Bagis: Nein, das ist keine Option für uns. Dieses Gesetz widerspricht ja allen Grundwerten, auf die sich Europa beruft. Es ist nichts weiter als ein Versuch, die Rede- und Meinungsfreiheit abzuschaffen. Können Sie sich vorstellen, was passiert, wenn ein Historiker neue Dokumente, neue Beweise findet, über das, was sich 1915 tatsächlich abgespielt hat? Er wäre nicht imstande, diese Beweise öffentlich auf einer Konferenz in Frankreich zu äußern oder auch nur darüber zu schreiben, ohne kriminalisiert zu werden. Das ist nicht logisch! Wir sollten es den Historikern und nicht den Politikern überlassen zu beurteilen, was damals geschehen ist. Politiker sollten sich um die Zukunft, nicht um die Vergangenheit kümmern.

SPIEGEL ONLINE: Warum ist die Türkei eigentlich so überaus empfindlich, wenn es um die Armenier geht?

Bagis: Weil wir nicht als Verbrecher abgestempelt werden wollen, für ein Verbrechen, das wir niemals begangen haben! Die Türkei kann ein derart pauschales Urteil nicht akzeptieren. Ministerpräsident Erdogan hat dem armenischen Präsidenten vor acht Jahren einen Brief geschrieben, in dem er ihm angeboten hat, eine gemeinsame Historikerkommission ins Leben zu rufen. Ministerpräsident Erdogan ist bislang der einzige türkische Staatsmann, der öffentlich erklärt hat: Ich stelle mich der Vergangenheit meines Landes, wenn auch du dazu bereit bist! Leider haben uns die Armenier bis heute nicht geantwortet.

SPIEGEL ONLINE: Wie lautet denn die türkische Version über die Ereignisse von 1915?

Bagis: Laut unseren Archiven war das, was sich 1915 auf türkischem Boden abspielte, ein Bürgerkrieg - inmitten eines Weltkrieges. Es gab Deportationen, es gab Aufstände, es gab Massaker an der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten, aber es gab keinen Völkermord. Vergessen wir auch nicht, dass Deutschland als wichtigster Verbündeter der Osmanen eine Rolle spielte. Ich frage mich wirklich, was in den deutschen Archiven zu finden ist. Und was steht in den armenischen Archiven?

SPIEGEL ONLINE: Widersprechen Sie sich nicht, wenn Sie einerseits sagen, dass die Türkei keinen Genozid begangen hat, und andererseits fordern, dass nur Historiker diese Definition treffen sollten?

Bagis: Sehen Sie, genau aus diesem Grund wollen wir, dass sich türkische, armenische und internationale Historiker gemeinsam zusammensetzen und uns einen objektiven, wissenschaftlichen Befund liefern.

SPIEGEL ONLINE: Die türkisch-französischen Beziehungen leiden schon seit längerem, nicht zuletzt weil sich Präsident Sarkozy vehement gegen den türkischen EU-Beitritt sperrt. Hoffen Sie darauf, dass ihn die Franzosen bald abwählen?

Bagis: 1484 schickte Sultan Beyazid den ersten osmanischen Botschafter nach Frankreich. Seitdem haben wir viele Könige und Präsidenten kommen und gehen sehen. Unsere Beziehungen haben stets überdauert, auch wenn gelegentlich manch ein Politiker Schaden anrichtet.

SPIEGEL ONLINE: Also muss Frankreich nicht fürchten, dauerhaft in Ungnade zu fallen wie Israel?

Bagis: Nein. Im Übrigen bleibt unsere Hand auch Israel gegenüber ausgestreckt. Die Türkei hat einige Bedingungen formuliert, um unser Verhältnis zu normalisieren, und dabei bleibt es.

BİZ SUÇLU OLARAK DAMGALANMAK İSTEMİYORUZ

--Fransa'da Son Olarak Çıkan Soykırım Yasası Paris ile Ankara'nın Arasının Açılmasına Neden Oldu. Bakan Bağış, Türk Halkının Bu Yasaya Karşı Olan Öfkesini Dile Getirirken, Bağımsız Bir Tarihçiler Komisyonunun Oluşturulmasını Öneriyor--

STEINVORTH: Sayın Bağış, sizin hükûmetiniz, soykırım yasasının yürürlüğe girmesi durumunda Fransa'ya yönelik sert önlemler alınacağı tehdidinde bulunmuştu. Bu ne anlama geliyor? Acaba iki ülke arasında soğuk ilişkiler dönemi mi başlayacak?

BAĞIŞ: Böyle bir hükme varmak için henüz erken zira bu konuda son söz henüz söylenmemiştir. Biz, Fransa'da yeterince makul siyasetçinin var olduğuna inanıyoruz. Fransız Meclisindeki Anayasa Komisyonu soykırım yasası olarak adlandırılan yasayı Anayasa'ya aykırı buldu. Şimdi bizlerin beklentisi bu konuyu Anayasa Mahkemesine taşıyacak akıl sahibi yeterince senatörün bir araya gelmesidir. Yüksek hâkimlerin bu yasayı geçersiz kılmalarını bekliyoruz.

STEINVORTH: Şayet ifade ettiğiniz gibi olmazsa bunun ne gibi sonuçları olur?

BAĞIŞ: Bununla ilgili spekülasyonlarda bulunmak istemiyorum. Bunu Fransızların kendi hayal güçlerine bırakmayı tercih ediyorum.

STEINVORTH: Fransa'daki Büyükelçinizi daimi olarak geri çekmeyi ve ilişkilerinizi kesmeyi düşünüyor musunuz? Ayrıca Fransa'ya yönelik ekonomik yaptırımlar gündemde mi?

BAĞIŞ: Başbakanımın hangi adımların atılmasına karar vereceğini bekleyelim ve görelim? Emin olun ki kendisi bu konuda sessiz kalmayacaktır. Sürprizleri şimdiden bozmak istemiyorum.

STEINVORTH: Fransa ve Türkiye'nin birtakım ortaklıkları söz konusu. İki ülkenin karşılıklı ticaret hacmi 12 milyar avro civarında. Fransa, Türkiye'nin ihracat sıralamasında beşinci, ithalat kaynağı olarak da altıncı sırada. Bu durumda ekonomik yaptırım uygulanması ne derecede gerçekçi olur?

BAĞIŞ: Bizler de bu rakamların bilincindeyiz, umarım Fransız hükûmeti de bu rakamların bilincindedir. İki ülkenin karşılıklı olarak çıkarları mevcut. Ayrıca biz eylemde bulunmuyoruz, biz sadece tepki gösteriyoruz. Ekonomik yaptırımlar, Fransa'nın haksız bulduğumuz bir eylemine yönelik sadece bir tepki olur. Bu eylemden vazgeçilirse bizim de bir tepkimiz olmaz.

STEINVORTH: Avrupa'nın diğer ülkeleri de Fransa'nın aldığı kararı örnek alırlarsa ne olur? Bu durumda hâlâ Avrupa Birliği'ne girmek ister misiniz, yoksa müzakereleri sonlandırmaktan mı yana olursunuz?

BAĞIŞ: Hayır, bu bizim için bir opsiyon değildir. Bu yasa, Avrupa'nın dayandığı temel değerlerin tamamına aykırı. Bu, düşünce ve ifade özgürlüğünü kısıtlamaktan başka hiçbir şey değildir. Bir tarihçi 1915 yılındaki olaylar hakkında yeni belgeler ve ispatlar ortaya çıkarırsa neler olabileceğini düşünebiliyor musunuz? Bu tarihçi, bu belgeleri, Fransa'da düzenlenen bir konferansta suçlu duruma düşmeksizin açıklayamayacaktır. Bu mantıklı değil! O dönem meydana gelen olayları siyasetçilerin değil, tarihçilerin değerlendirmelerine bırakmalıyız. Siyasetçiler geleceğe ilişkin olarak kafa yormalıdırlar, geçmişle ilgili değil.

STEINVORTH: Acaba Türkiye, konu Ermeniler olunca neden bu kadar hassas davranıyor?

BAĞIŞ: Çünkü bizler hiçbir zaman yapmadığımız bir olayla ilgili suçlu olarak damgalanmak istemiyoruz! Türkiye, bu tür bir peşinen suçlamayı kabul edemez. Başbakan Erdoğan, sekiz yıl önce Ermenistan Devlet Başkanına ortak bir tarihçiler komisyonu kurulması konusunda bir mektup göndermişti. Başbakan Erdoğan, bir Türk devlet adamı olarak ilk defa "Ben ülkemin geçmişiyle hesaplaşmaya hazırım, sen de hazırsan" şeklinde bir çağrıda bulunmuştu. Maalesef, Ermeniler bize bu konuyla ilgili hâlâ geri dönmedi.

STEINVORTH: 1915 yılındaki olaylarla ilgili Türkiye'nin değerlendirmesi ne şekildedir?

BAĞIŞ: Bizim arşivlerimizde yer alan belgelere göre 1915 yılında Türk topraklarında olan olaylar, bir savaş esnasında çıkabilecek olaylardır. Tehcir olmuştur, ayaklanmalar olmuştur, her iki tarafta da sivil halk katledilmiştir fakat bir soykırım olmamıştır. Unutmayalım ki Osmanlı Devleti'nin önemli müttefiki Almanya'nın da olaylarda önemli bir rolü vardır. Merak ediyorum acaba Alman arşivlerinde bu konuyla ilgili ne tür belgeler bulunuyor. Acaba bu konuyla ilgili Ermeni arşivlerinde neler var?

STEINVORTH: Bir taraftan Türkiye'nin soykırım yapmadığını söylemeniz, diğer taraftan da bu kavram hakkında sadece tarihçilerin değerlendirme yapmalarını talep etmeniz bir çelişki değil midir?

BAĞIŞ: İşte bu nedenden ötürü Türk, Ermeni ve uluslararası bir komisyondan oluşan tarihçilerin ortak bir şekilde bizlere tarafsız ve bilimsel dayanağı olan bulgular sunmasını arzuluyoruz.

STEINVORTH: Türk- Fransız ilişkileri uzun zamandan beri Cumhurbaşkanı Sarkozy'nin Türkiye'nin AB üyeliğine ısrarla karşı çıkması nedeniyle kötü bir durumda. Fransız halkının Sarkozy'yi seçmemesi gibi bir beklentiniz var mı?

BAĞIŞ: Sultan Beyazıt, 1484 yılında Fransa'ya ilk defa bir Osmanlı elçisi gönderdi. O dönemden beri çok sayıda kral ve devlet başkanı gelip geçmiştir. Bazı siyasetçiler ilişkileri olumsuz etkilemeler de iki ülke arasındaki ilişkiler daima süregelmiştir.

STEINVORTH: Yani, Fransa'nın İsrail'in düřtüğü duruma düşmesi söz konusu değil?

BAĞIŞ: Biz İsrail'e elimizi uzatmaya devam ediyoruz. İsrail ile ilişkilerimizin normalleşmesi için bizim bir koşulumuz var. Bu koşul Türkiye için geçerliliğini koruyor.